



*Gemeindevorsteher Emanuel Vogt (rechts) war ein überzeugter und engagierter Verfechter der Gemeindeautonomie. Sein Nachfolger Othmar Vogt (links) setzte sich zum Beispiel beim Bau- und Raumplanungsgesetz für die Interessen der Gemeinde ein.*

des Sozialhilfegesetzes sehe eine vollständige Entmachtung der Gemeinden vor. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass sich «sogar die Volksvertreter im Landtag der Stellung unserer Gemeinden und der Bürger dieser Gemeinden nicht immer bewusst» seien. Auf Landesebene dürfe kein die Gemeinden betreffender Entscheid fallen ohne deren Einvernehmen. Auch andere Vorsteher hielten die Gemeindeautonomie hoch.

*2014 fand die alljährliche Vorsteherwanderung mit dem Erbprinzenpaar in der Gemeinde Balzers statt. Wie weit die Gemeindeautonomie mit Leben erfüllt wird, hängt vor allem von den Gemeinden selbst und somit von den Gemeindevorstehern ab.*



In ein ähnliches Horn blies wenig später ein Abgeordneter. Die Zentralisierung sei für die Gemeinden gefährlich. Wenn eine Gemeinde Funktionen abgebe, einbüsse oder delegiere, verliere sie «in gewissem Grade die Identität mit sich selbst». Kritik gab es 1994 bei der Debatte um das Waldgesetz (Zitat: «Inakzeptabler Angriff auf die Gemeindeautonomie»), 1995 beim Landschaftsschutz (Zitat: «Der Gemeindeautonomie wird ein Schlag ins Gesicht erteilt, indem über die Köpfe der Gemeinden hinweg Entscheidungen gefällt werden sollen»), 1997 bei der Vernehmlassung über die Abänderung des Baugesetzes und des Raumplanungsgesetzes 2002 (Zitat: «Gemeindeautonomie ade»), als etwa die Vorsteher Othmar Vogt, Walter Kieber und Johannes Kaiser auf die Autonomie pochten.

In seiner Rede zur Landtagseröffnung 2006 nahm Erbprinz Alois den Gedanken auf, mittels der Finanzausweisungen den Gemeinden «eine ausreichende Mindestfinanzausstattung» zu garantieren und damit auch die Gemeindeautonomie zu sichern. Aber schon damals wurde die Gemeindeautonomie mit einem Fragezeichen versehen. Sie sei, wie ein Abgeordneter nicht zu Unrecht meinte, «in Liechtenstein heute eine heilige Kuh. Man sollte nicht nur immer mehr Gemeindeautonomie fordern, sondern überlegen, was der Staat dank seiner Grösse besser machen kann; beispielsweise im Bereich Umweltschutz, Landschaftsschutz, wo die Gemeinden ihren Aufgaben nicht nachkommen».